

Öffentliche Bekanntmachung

Erneuter Satzungsbeschluss – ergänzendes Verfahren gem. § 214 Abs. 4 BauGB Bebauungsplan „Am Bahnhofplatz“, OT Berghausen

Der Gemeinderat der Gemeinde Pfinztal hat am 26.10.2021 in öffentlicher Sitzung den im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB aufgestellten Bebauungsplan „Am Bahnhofplatz“ als Satzung beschlossen. Mit Beschluss vom 22.03.2022 hat der Gemeinderat der Gemeinde Pfinztal den Bebauungsplan im ergänzenden Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB inhaltlich unverändert, jedoch mit Ergänzung des Satzungsblatts, erneut als Satzung beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans wird begrenzt im Norden durch die Bahngleise, im Osten durch das Schulgelände und die bestehende Bebauung an der Selmnitzstraße, im Süden durch die Pfinz und im Westen durch die Jöhlinger Straße (Bundesstraße 293).

Im Einzelnen gilt der nachfolgend abgedruckte Flurkartenausschnitt.

Eindruck Plan

Der Bebauungsplan „Am Bahnhofplatz“ und die örtlichen Bauvorschriften treten rückwirkend zum 11. November 2021 in Kraft.

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung beim Bürgermeisteramt Pfinztal, Rathaus II, Ortsbauamt, Kußmaulstraße 3, 76327 Pfinztal während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan und seine Begründung einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans, Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB oder ein nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlicher Mangel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Gemäß § 4 Abs. 4 Gemeindeordnung (GemO) gilt der Bebauungsplan, der unter der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder auf Grund der Gemeindeordnung zu Stande gekommen ist, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
- der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach § 4 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 GemO geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der § 4 Abs. 4 Satz 1 GemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Pfinztal, 05.05.2022

Nicola Bodner, Bürgermeisterin